



Corporate Democratic Action (CDA): Das Engagement von Unternehmen zum Schutz der liberalen Demokratie

Annika Bleier | Martin Fischer | Benedikt D.S. Kapteina |
Joris-Johann Lensen | Hendrik Müller | Markus Scholz*

Vor dem Hintergrund erheblicher globaler, gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen wird unter dem Begriff der „Triple Bottom Line“ seit Längerem eine erweiterte Unternehmensverantwortung diskutiert, die über eine reine Profitverantwortung hinausgeht und sowohl eine ökologische als auch eine gesellschaftliche Dimension miteinbezieht (Elkington 1997). In der wissenschaftlichen Debatte werden diese Ansätze insbesondere unter dem Schlagwort Corporate Social Responsibility (CSR) reflektiert und in der unternehmerischen Praxis zunehmend umgesetzt, wobei sich in der Praxis der Ausdruck Corporate Responsibility durchgesetzt hat, um die Verantwortung für alle drei Dimensionen der Triple Bottom Line zu betonen (Braun 2008; Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2025).

In vielen westlichen Ländern – auch in Deutschland – nimmt die gesellschaftliche Polarisierung aktuell zu (McCoy und Somer 2019). Populistische und extremistische Parteien bedrohen die liberale Demokratie und damit mittelbar auch die soziale Marktwirtschaft (Bermeo 2016; Levitsky und Ziblatt 2018; Scholz 2025). Der Global Risks Report 2025 des World Economic Forum (WEF) zählt „Misinformation and disinformation“ sowie

* Dr. Annika Bleier | Head of ESG & Sustainability, Counsel | GvW Graf von Westphalen
Dr. Martin Fischer | Managing Director | MainKairos Consulting
Dr. Benedikt D.S. Kapteina | Postdoktorand | Technische Universität Dresden
Joris-Johann Lensen | Geschäftsleiter | Nachhaltigkeitsberatung Scholz & Friends Reputation
Prof. Dr. Hendrik Müller | Professor für Wirtschaftsethik | Hochschule Fresenius Hamburg
Prof. Dr. Markus Scholz | Professor für Betriebswirtschaftslehre, insb. Responsible Management | Technische Universität Dresden
Der Beitrag ist im Rahmen des Arbeitskreises Wirtschaftsethik (AKWE) der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V. entstanden und entspricht den Perspektiven der namentlich genannten Autoren und Autorinnen.

„Societal polarization“ zu den fünf größten globalen Risiken (2025: 8ff). Entsprechend fordern Wirtschaftsverbände, Forschungseinrichtungen und Stiftungen – darunter der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI), die Wirtschaftsinitiative für Demokratie und Vielfalt (WIDV), die Bertelsmann sowie die Hertie Stiftung – ein stärkeres politisches Engagement von Unternehmen zum Schutz der liberalen Demokratie. Zahlreiche Unternehmen engagieren sich entsprechend bereits politisch (Kapteina und Bruehl 2024; Kapteina, Burkatzki und Scholz 2025; Scholz 2025). Dabei setzen sie auf eine Reihe von internen und externen Maßnahmen, um ihr Engagement umzusetzen (Beschorner und Taubken 2024).

Wir bezeichnen dieses Engagement von Unternehmen zum Schutz der liberalen Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft im Folgenden als Corporate Democratic Action (CDA).

1 Gründe für Corporate Democratic Action

Die Diskussion über CDA lässt sich aus zwei, wenngleich nicht gänzlich trennscharfen, Perspektiven betrachten: einer instrumentell-strategischen und einer normativ-ethischen. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass populistische Parteien, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung oder ihren konkreten Wahlprogrammen, nach ähnlichen Mustern agieren, sobald sie politische Macht erlangen. Der Historiker Jan-Werner Müller (2016) bezeichnet Rechtspopulisten als Antipluralisten mit hegemonialem Alleinvertretungsanspruch, die aufgrund ihres paranoiden Politikstils und der daraus folgenden Anwendung besonderer Herrschaftstechniken die liberale Demokratie und die mit ihr interdependente soziale Marktwirtschaft unterminieren. Markus Scholz (2025) zeigt entsprechend fünf zentrale Herrschaftstechniken, die populistische Akteure unabhängig von ihrer Positionierung im politischen Spektrum anwenden und welche langfristig zur Aushöhlung liberaler Demokratien beitragen: (1) Die Einschränkung der Medienfreiheit; (2) die Vereinnahmung staatlicher Institutionen und die damit verbundene Schwächung der Rechtsstaatlichkeit; (3) Patronage, Vetternwirtschaft und klientelistische Strukturen; (4) die Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen; (5) die Diskreditierung der politischen Opposition.

Da die soziale Marktwirtschaft mit der liberalen Demokratie interdependent ist, gerät auch dieses Wirtschaftssystem in Gefahr, wenn die offene Gesellschaft unter Druck gerät. Walter Eucken, einer der Begründer des Ordoliberalismus, sprach in diesem Kontext von der „Interdependenz der Ordnungen“. Das freie Individuum, Demokratie und soziale Marktwirtschaft sind dabei aufeinander angewiesen. Gerät eine dieser Säulen in Gefahr, so wanken auch die anderen. Unternehmen können an derlei Unsicherheit nicht interessiert sein (Eucken 2004; Beschorner und Scholz 2024).

2 Instrumentelle Perspektive

Aus einer instrumentellen Perspektive ergibt sich das Interesse von Unternehmen an einer stabilen demokratischen Gesellschaft aus ihrer zentralen Bedeutung für verlässliche Märkte und Wertschöpfungsketten. Eine liberale Demokratie gewährleistet u.a. einen verlässlichen rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen sich das wirtschaftliche Handeln abspielen kann. Dazu zählen u.a. die Sicherung persönlicher Freiheitsrechte wie das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung und die Möglichkeit, ein selbstständiges Gewerbe gründen zu können, das Privateigentum an den Produktionsmitteln, das Recht, Vereinigungen zur Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu bilden sowie eine grundsätzliche Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit. Diese sind grundlegende Voraussetzungen für Investitionssicherheit, Innovationsfähigkeit und langfristiges Wachstum (Rodrik 2017; Bruehl und Kapteina 2022). Politische Bewegungen, die dieses Fundament untergraben, gefährden damit auch die Basis wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. Eine Erosion liberaldemokratischer Strukturen hätte entsprechend weitreichende gesellschaftliche Folgen. Sie könnte zu einer tiefen gesellschaftlichen Spaltung führen, in der insbesondere Minderheitenrechte unzureichend geschützt wären und soziale wie wirtschaftliche Stabilität nachhaltig beeinträchtigt würde. Zugleich würde die Abkehr von den Prinzipien der liberalen Demokratie die Verlässlichkeit demokratischer Institutionen insgesamt infrage stellen. Unternehmen wie Individuen könnten sich dann weniger auf stabile Rahmenbedingungen, vorhersehbares staatliches Handeln und die Erfüllung berechtigter Erwartungen verlassen. Die Folge wäre eine gesamtgesellschaftliche Verunsicherung, die das Vertrauen in politische und wirtschaftliche Ordnungen untergräbt. Es liegt daher im wohlverstandenen Eigeninteresse von Unternehmen und ihren Eigentümern, jene demokratischen Rahmenbedingungen zu schützen, die ihre Existenz und einen fairen und an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten Wettbewerb sichern.

CDA ließe sich somit als Ausdruck eines aufgeklärten Eigeninteresses interpretieren: Wer die liberale Demokratie verteidigt, investiert zugleich in die Grundlagen des Wirtschaftens in einer sozialen Marktwirtschaft.

3 Normative Perspektive

Über die instrumentelle Begründung hinaus wird aus normativer Perspektive betont, dass Unternehmen gesellschaftliche Akteure sind, die über erhebliche Ressourcen und Einflussmöglichkeiten verfügen. Daraus wird eine moralische Mitverantwortung abgeleitet, dass sie diese Macht auch zum Schutz der liberalen Demokratie einsetzen. Diese Perspektive knüpft im weiteren Sinne an den Corporate-Citizenship-Ansatz an, der Unternehmen als Bürger innerhalb einer republikanisch verfassten Gesellschaft versteht (Ulrich 2010; Matten und Crane 2005; Scherer und Palazzo 2007; Scherer et al. 2016). Unternehmen profitieren von den Institutionen einer liberalen Demokratie, etwa von einem fairen Rechtssystem, unabhängigen Medien, einem funktionierenden Rechtsstaat, stabilen Institutionen, qua-

lizierten Arbeitskräften und gesellschaftlichem Frieden. Aus diesem Nutzen ergibt sich eine Pflicht zur Reziprozität: Unternehmen haben als republikanische Unternehmensbürger – als Corporate Citizen – die bürgerliche Verantwortung, jenes System zu schützen, das ihren Erfolg erst ermöglicht (Scholz 2025). Sie tragen also als Mitglieder einer politischen Gemeinschaft eine gewisse Mitverantwortung für die Wahrung von gesellschaftlichen Regeln und Institutionen.

CDA kann aus dieser Perspektive als Ausdruck einer erweiterten Form unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements verstanden werden. Unternehmen agieren nicht nur als Marktteilnehmer, sondern als Corporate Citizens, die Mitverantwortung für die Stabilität jener gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen tragen, von denen sie abhängen. Der Erhalt einer liberalen Demokratie ist kein Automatismus institutioneller Routinen, sondern beruht auf dem aktiven Mitwirken gesellschaftlicher Akteure. In dieser Perspektive übernehmen Unternehmen eine ergänzende Rolle: Sie tragen dazu bei, demokratische Kultur, Diskursfähigkeit und Vertrauen in Institutionen zu stärken (Kapteina und Alijew 2025; Scholz 2025).

Zur Operationalisierung dieses demokratischen Engagements bietet die „Landkarte des Handelns“ mit 17 spezifischen Aktionsmöglichkeiten in sechs Handlungsfeldern einen strategischen Orientierungsrahmen (Beschorner und Taubken 2024). Sie unterstützt Unternehmen dabei, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung systematisch in die operative Praxis zu übersetzen.

4 Formen von Corporate Democratic Action

CDA kann in ihrer Erscheinungsform entlang zweier Dimensionen systematisiert werden: (1) dem Akteursmodus, also ob das Handeln individuell (durch ein einzelnes Unternehmen oder eine Führungsperson) oder kollektiv (durch Verbände, Allianzen oder Netzwerke) erfolgt sowie (2) dem Handlungsmodus, ob es sich um eine direkte oder indirekte (über andere gesellschaftliche Felder demokratiestabilisierende) Intervention handelt.

Diese zweidimensionale Typologie erlaubt es, die Vielfalt demokratiebezogener Unternehmenspraktiken analytisch zu ordnen, ohne sie normativ zu bewerten.

	Direkt	Indirekt
Individuell (Aktion durch ein einzelnes Unternehmen / CEO; unilateral gesteuert)	<p>CEO-Aktivismus & Öffentliche Stellungnahmen</p> <p>Bewusste öffentliche Positionierung von CEOs oder des Unternehmens zu gesellschaftspolitischen Grundwerten (z.B. Demokratie, Menschenrechte), die über reine Wirtschaftsinteressen hinausgeht.</p> <p><i>Beispiel: Joe Kaeser (ehem. Siemens CEO) mit klarer Kritik an der AfD.</i></p> <p>Wahlaufrufe</p> <p>Direkte, meist überparteiliche Aufforderungen an die Belegschaft und/oder Öffentlichkeit, ihr Wahlrecht wahrzunehmen, um die demokratischen Institutionen zu stabilisieren.</p> <p><i>Beispiele: Aufrufe von Timotheus Höttges (Deutsche Telekom) zur Europawahl 2024 oder Ola Källenius (Mercedes-Benz) zur Bundestagswahl 2025.</i></p>	<p>Demokratische Unternehmenskultur & Mitarbeiterbeteiligung</p> <p>Bewusste Gestaltung interner Strukturen, die Partizipation, fairen Diskurs und Mitbestimmung (über die gesetzliche Mitbestimmung hinaus) fördern. Dient der Einübung demokratischer Verhaltensweisen am Arbeitsplatz.</p> <p>Beispiele: <i>Etablierung einer auf Dialog basierenden Wertekultur (z.B. bei Robert Bosch); Nutzung interner, moderierter Diskussionsplattformen (analog zu SAP-Modellen); agile, selbstverwaltete Teams.</i></p> <p>Demokratie- & Medienkompetenz-Schulungen</p> <p>Gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeitende zur Stärkung der Resilienz gegen Desinformation, Propaganda und Polarisierungsstrategien im digitalen Raum.</p> <p>Beispiel: <i>Teilnahme von Unternehmen (z.B. Deutsche Telekom, Commerzbank, Goldbeck) am Schulungsprogramm des "Business Council for Democracy" (#BC4D).</i></p>

Kollektiv (Aktion durch Bündnisse, Verbände oder Netzwerke; multilateral gesteuert)	<p>Unternehmensbündnisse für Demokratie</p> <p>Allianzen von Unternehmen (oft mit Verbänden/NGOs) zur Bündelung von Ressourcen für gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Positionierungen gegen Extremismus und für demokratische Grundwerte.</p> <p>Beispiel: <i>Die Allianz "Wir stehen für Werte" (2024), ein Bündnis von ca. 40 Unternehmen (u.a. Siemens, Bayer, VW), unterstützt von BDI und DGB.</i></p> <p>Gemeinsame Advocacy</p> <p>Institutionalisierte Interessenvertretung durch Wirtschaftsverbände, die den Schutz des Rechtsstaats und der demokratischen Rahmenbedingungen (z.B. EU-Binnenmarkt) als strategisches Wirtschaftsgut verteidigen.</p> <p>Beispiel: <i>Die Unterstützung des BDI für die Allianz "Wir stehen für Werte" als Schutz des Wirtschaftsstandorts.</i></p>	<p>Kooperationen & Stärkung der Zivilgesellschaft</p> <p>Finanzierung und Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure, wobei der kollaborative Aspekt in der Struktur liegt (nicht in einer reinen Einzelspende). Dies umfasst strategisch-integrative Partnerschaften (statt reiner Philanthropie), Multi-Stakeholder-Governance (geteilte Steuerung) oder die Bündelung von Mitteln in 'Pooled Funds'.</p> <p>Beispiele: <i>Beitritt zu 'Pooled Funds' zur Demokratieförderung; Strategische Partnerschaften (z.B. zur Umsetzung von Sozialstandards), bei denen NGOs in die Steuerung einbezogen werden.</i></p> <p>Förderung von Dialog & Medienvielfalt</p> <p>Systemische Stärkung der 'Vierten Gewalt' und eines faktenbasierten Diskurses durch kollektiv getragene Strukturen (nicht durch Finanzierung einzelner Medien).</p> <p>Beispiele: <i>Multi-Stakeholder-Projekte wie die "Hamburger Woche der Pressefreiheit" (Partner u.a. STRÖER, Norddeutscher Rundfunk); Einzahlung in kollektive Journalismus-Fonds (z.B. Investigative Journalism for Europe).</i></p>
--	---	--

Abb. 1: Dimensionen demokratiebezogener Unternehmenspraktiken

5 Kritik an Corporate Democratic Action

In der wirtschafts- und unternehmensethischen Debatte lassen sich drei zentrale Kritikdimensionen unterscheiden: (1) die Trennung von Wirtschaft und Politik, (2) Fragen der demokratischen Legitimität unternehmerischen Handelns und (3) ordnungsethische Einwände gegen eine politische Erweiterung ökonomischer Akteure.

1. Milton Friedman (1970) betont in seiner epochemachenden „The Business of Business is Business Doctrine“, dass sich Unternehmen aus der politischen Sphäre heraushalten sollten, und beschränkt das gesellschaftliche Mandat von Unternehmen auf die Gewinnerzielung im Rahmen bestehender Gesetze. Politisches Engagement überschreite dieses Mandat und gefährde die funktionale Arbeitsteilung zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft.

2. Eine zweite Kritik betrifft die fehlende demokratische Legitimität des politischen Engagements von Unternehmen. Diese verfügten weder über politische Mandate noch über institutionalisierte Rechenschaftsmechanismen (Friedman 1970; Rhodes 2021; Lyon 2023). Ordnungsethiker wie Ingo Pies, Markus Beckmann und Stefan Hielscher (2014) warnen zudem vor einer Gleichsetzung von Partizipation und Legitimität: Mehr Beteiligung bedeutet nicht automatisch größere demokratische Legitimation, sondern erfordert Zustimmung durch öffentliche Institutionen und transparente Kontrolle.
3. Ingo Pies und Marc Hübscher (2025) analysieren zudem Nutzen und Risiken der Corporate Political Responsibility für das gesellschaftliche Zusammenleben. Sie erkennen zwar die stabilisierende Rolle von Unternehmen in Krisenzeiten an, sehen aber die Gefahr einer Machtverschiebung von öffentlichen zu privaten Akteuren, wenn politische Steuerungsfunktionen ohne demokratische Legitimation übernommen werden (ausführlich dazu Rhodes 2021). Politische Unternehmensverantwortung ist einerseits Ausdruck gesellschaftlicher Mitverantwortung, andererseits potenziell demokratieschädlich, wenn sie institutionelle Grenzen überschreitet. Sie sollte daher an Prinzipien der Transparenz, Subsidiarität und öffentlichen Kontrolle gebunden sein (siehe dazu ausführlich Scholz 2025).

Diese Einwände hinsichtlich der Legitimität des politischen Engagements von Unternehmen sind hoch relevant. Ziel von CDA sollte daher nicht die wertende Einmischung in politische Sachdebatten sein, sondern vielmehr die grundsätzliche Stärkung der liberalen Demokratie und ihrer Institutionen.

6 Zusammenfassung

In den vergangenen Jahren haben sich in Deutschland wie auch international zahlreiche Unternehmen öffentlich für den Schutz der liberalen Demokratie und gegen populistische Tendenzen positioniert. Dieses politische Engagement, häufig als Corporate Democratic Action (CDA) bezeichnet, kann individuell oder kollektiv, direkt oder indirekt erfolgen. Es beruht sowohl auf instrumentellen Erwägungen, etwa der Sicherung stabiler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, als auch auf normativen Überlegungen, die die moralische Verantwortung von Unternehmen in offenen Gesellschaften betonen. Obwohl dieses Engagement von Wirtschaftsvertretern, Verbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vielfach begrüßt und teilweise sogar eingefordert wird, bleibt es zugleich umstritten. Angesichts der Bedrohungen, denen die offene Gesellschaft durch Extremismus und Populismus ausgesetzt ist, stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen Unternehmen glaubwürdig und wirksam für demokratische Prinzipien eintreten können. Unternehmen wären daher gut beraten, ihren Status als Corporate Citizens kritisch zu reflektieren und gegebenenfalls Strategien sowie Leitlinien zu entwickeln, um ihr etwaiges politisches Handeln transparent, legitim, konsistent und wirkungsvoll zu gestalten.

Zukünftig werden Managerinnen und Manager sich verstärkt mit der politischen Verantwortung von Unternehmen für die liberale Demokratie auseinandersetzen müssen. Die wissenschaftliche Gemeinschaft beschäftigt sich bereits intensiv mit Fragen des strategischen Designs von Corporate Political Action, mit Ansätzen zur Erfolgsmessung solcher Aktivitäten sowie mit den damit verbundenen Anforderungen an eine angemessene Corporate Governance. Diese Themenfelder bilden die zentralen Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit des Arbeitskreises Wirtschaftsethik der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V.

Literaturverzeichnis

Bermeo, N. 2016. On Democratic Backsliding. *Journal of Democracy* 27(1): 5-19. <https://doi.org/10.1353/jod.2016.0012>.

Beschorner, T., M. Scholz. 2024. Unternehmen als politische Akteure. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 31.01.2024.

Beschorner, T., N. Taubken. 2024. *Unternehmen für Demokratie: Landkarte des Handelns*. [online] <https://unternehmen-fuer-demokratie.de>.

Braun, S. 2008. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 58(40-41): 3-10.

Bruehl, R., B.D.S. Kapteina. 2022. Fighting for Democracy: The Case for Corporate Political Responsibility. *LSE Business Review* v. 06.05.2022.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). 2025. *Nachhaltigkeit und CSR*. [online] <https://www.csr-in-deutschland.de/DE/CSR-Allgemein/CSR-Grundlagen/Nachhaltigkeit-und-CSR/nachhaltigkeit-und-csr.html>.

Elkington, J. 1997. *Cannibals with Forks: The Triple Bottom Line of 21st Century Business*. Oxford.

Eucken, W. 2004. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 7. Aufl., Tübingen.

Friedman, M. 1970. The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits. *The New York Times Magazine* v. 13.09.1970.

Hübscher, M.C., I. Pies. 2025. *Vom Nutzen und Nachteil der Corporate Political Responsibility (CPR) für das gesellschaftliche Zusammenleben*. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg Diskussionspapier Nr. 2025-13. <https://hdl.handle.net/10419/327131>.

Kapteina, B.D.S., E. Burkatzki, M. Scholz. 2025. *Unternehmen, Populismus und Verantwortung*. Dresden.

Kapteina, B.D.S., I. Alijew. 2025. Redefining Corporate Responsibility: The Role of Companies in Supporting Democracy. *Academy of Management Proceedings* 2025(1): 13695. <https://doi.org/10.5465/AMPROC.2025.13695abstract>.

Kapteina, B.D.S., R. Bruehl. 2024. Decoding Corporate Support for Democracy: A Study in Eastern Germany. *Academy of Management Proceedings* 2024(1): 16637. <https://doi.org/10.5465/AMPROC.2024.16637abstract>.

Levitsky, S., D. Ziblatt. 2018. *How Democracies Die*. New York.

Lyon, T. 2023. *Corporate Political Responsibility*. Cambridge.

- Matten, D., A. Crane. 2005. Corporate Citizenship: Toward an Extended Theoretical Conceptualization. *Academy of Management Review* 30(1): 166-179. <https://doi.org/10.5465/amr.2005.15281448>.
- McCoy, J., M. Somer. 2019. Toward a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracies. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 681(1): 234-271. <https://doi.org/10.1177/0002716218818782>.
- Müller, J.-W. 2016. *Was ist Populismus?* Frankfurt am Main.
- Pies, I., M. Beckmann, S. Hielscher. 2014. The Political Role of the Business Firm: An Ordonomic Concept of Corporate Citizenship Developed in Comparison with the Aristotelian Idea of Individual Citizenship. *Business & Society* 53(2): 226-259. <https://doi.org/10.1177/0007650313483484>.
- Rhodes, C. 2021. *Woke Capitalism: How Corporate Morality Is Sabotaging Democracy*. Bristol.
- Rodrik, D. 2017. *Straight Talk on Trade: Ideas for a Sane World Economy*. Princeton.
- Scherer, A.G., A. Rasche, G. Palazzo, A. Spicer. 2016. Managing for Political Corporate Social Responsibility: New Challenges and Directions for PCSR 2.0. *Journal of Management Studies* 53(3): 273-298. <https://doi.org/10.1111/joms.12203>.
- Scherer, A.G., G. Palazzo. 2007. Toward a Political Conception of Corporate Responsibility: Business and Society Seen from a Habermasian Perspective. *Business Ethics Quarterly* 17(4): 703-729. <https://doi.org/10.5840/beq200717446>.
- Scholz, M. 2025. *Wirtschaft mit Werten*. München.
- Ulrich, P. 2010. *Zivilisierte Marktwirtschaft: Eine wirtschaftsethische Orientierung*. Bern.
- World Economic Forum. 2025. *Global Risks Report 2025*. [online] <https://www.weforum.org/reports/global-risks-report-2025>.